



Verbraucherzentrale
Bundesverband

Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. · Rudi-Dutschke-Straße 17 · 10969 Berlin

Bundeskanzler der
Bundesrepublik Deutschland
Herrn Friedrich Merz, MdB
11012 Berlin

Per E-Mail an bk01@bk.bund.de

Datum

27.03.2026~~17.03.2026~~

Vorständin

Ramona Pop
Rudi-Dutschke-Straße 17
10969 Berlin

T +49 30 25800-510
vorstaedin@vzbv.de
vzbv.de

Vorsitzende des Verwaltungsrates

Dr. Melanie Weber-Moritz

SozialBank

IBAN: DE52 3702 0500 0003 3003 00
SWIFT (BIC): BFSWDE33XXX

Steuernummer: 27/029/33162
Umsatzsteuer-ID: DE 224135391
Amtsgericht Charlottenburg
VR 20423 B

Ressourcenübergreifende Präventionsstrategie

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, lieber Herr Merz,

die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) und die soziale Pflegeversicherung (SPV) stecken in tiefen strukturellen Krisen. Beide Sozialversicherungen sind geprägt von einer hohen Ausgabendynamik, zudem stehen die Pflegebedürftigen vor exorbitant hohen und weiter steigenden Eigenanteilen, die das Teilkaskosystem Pflege prägen. Eine weitere finanzielle Belastung der von Zuzahlungen und Eigenanteilen Betroffenen wie der Beitrag zahlenden Arbeitnehmer und Arbeitgeber ist unbedingt zu vermeiden.

Mit einer ressortübergreifenden Präventionsstrategie könnten wir die Krankheitslast unserer Gesellschaft verringern und gesunde Lebenswelten gestalten. Damit die Strategie ihre Wirkung entfaltet, empfehlen wir, sie im Bundeskanzleramt anzusiedeln.

Das medizinische, rehabilitative und pflegerische Versorgungssystem hat stets nur einen begrenzten Einfluss auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung. Wenn es gut organisiert ist, dann kann das Gesundheitssystem immerhin Krankheitsfolgen und vorzeitige Sterblichkeit abwenden. Doch selbst wenn es in den kommenden Jahren mit strukturellen Reformen gelingen sollte, die gesundheitliche und pflegerische Versorgung zielgerichteter und effizienter aufzustellen, wird das nicht reichen. Die hohe Krankheitslast und die Ausgabendynamik werden sich auch angesichts der demografischen Alterung nur durch einen grundlegenden Wandel – im Denken wie im Handeln – erfolgreich bekämpfen lassen.

Wir müssen dazu übergehen, nicht mehr ausschließlich Krankheiten zu behandeln, sondern Gesundheit zu fördern und die Menschen wie die Versorgungssysteme resilienter zu machen. 80 Prozent der Herz-Kreislauf-Erkrankungen und ein beeindruckender Anteil der weiteren nichtübertragbaren Krankheiten (insbesondere Krebserkrankungen, Diabetes mellitus und chronische Atemwegserkrankungen) werden maßgeblich von nur fünf großen Risikofaktoren bestimmt:

- Alkoholkonsum,
- Tabakkonsum,
- eine unausgewogene Ernährungsweise,
- Übergewicht in Verbindung mit zu wenig Bewegung sowie
- Luftverschmutzung.

Gelingt es, auf diesen Gebieten Fortschritte zu erzielen, lassen sich bereits in kurzer Zeit starke Gesundheitseffekte erzielen. Dazu ist ein ausgewogenes Miteinander von verhaltens- und verhältnisbezogenen Maßnahmen erforderlich. Je mehr Maßnahmen miteinander kombiniert werden, umso wirksamer sind sie.

Appelle an den Lebensstil, so nachvollziehbar sie sein mögen, verpuffen, wenn die Menschen keinen guten Zugang zu gesunden Lebenswelten haben, etwa bezahlbares Obst und Gemüse, sichere Radwege oder gute Luft im Wohngebiet. Die geringere Verfügbarkeit von Tabakprodukten hat in den vergangenen Jahren bereits zu einem deutlich gesunkenen Tabakkonsum geführt. Die Mischung aus einer steigenden Tabaksteuer, Werbeschränken und weniger offensivem Verkauf war hier ausschlaggebend. Diesen Erfolgsweg sollten wir bei Alkohol, Tabak und übermäßig süßen, salzigen und fettigen Lebensmitteln weiter beschreiten, mit dem Ziel, gesunde Lebenswelten für alle Menschen zu schaffen. Gesundheit muss als Querschnittsthema aller Politikfelder, aller Ressorts verstanden werden. Hier muss Deutschland umdenken, wie es jüngst auch der Wissenschaftsrat eindrucksvoll gefordert hat. Auch die Finanzkommission Gesundheit hat am 31. März empfohlen, die Präventionspolitik neu und stärker aufzustellen. Unser Land braucht eine übergreifende Präventionsstrategie, die Bundesländer und Kommunen einbinden muss und die nicht an Ressortabstimmungen, Finanzierungsvorbehalten oder Gruppeninteressen scheitern darf. Wir möchten Sie daher bitten, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, die federführende Verantwortung für eine ressortübergreifende Präventionsstrategie und deren Umsetzung direkt im Bundeskanzleramt anzusiedeln. Das könnte ein entscheidender Gamechanger sein.

Kommentiert [CS1]: Dieser Satz muss nach Veröffentlichung der Handlungsempfehlungen ggf. angepasst werden.

Für dieses Anliegen sichern wir Ihnen unsere volle Unterstützung zu und stehen Ihnen jederzeit beratend zur Seite.

Mit freundlichen Grüßen

Ramona Pop
Vorständin
